

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Adressen: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89, Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleiter: Erich Schmidt; Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 30 Pfg.
Postfachkonto Nr. 40449 Amt Rdn. :-

Nummer 241

Fernsprecher Nr. 1

Laasphe, Mittwoch den 15. Oktober 1930

55. Jahrgang

Gegen die preußische Regierung

Nationalsozialisten, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Kommunisten, Deutsch-Hannoveraner, Christlich-Soziale für den Mißtrauensantrag — Ministerpräsident Braun nicht anwesend

Preußischer Landtag.

Berlin, 14. Oktober.

Der preußische Landtag trat am Dienstag zu seiner ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause zusammen. Die erregten Zwischenfälle anlässlich der Eröffnung des neuen Reichstages hatten den zuständigen Behörden Veranlassung gegeben, auch für den Landtag Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Starke Polizeipatrouillen bewachten die Zugänge zum Landtagsgebäude. Es wurde eine strenge Ausweiskontrolle durchgeführt. Das starke politische Interesse der Bevölkerung zeigte sich auch darin, daß diesmal sämtliche Tribünenarten ausgegeben waren.

Nach Eröffnung der Sitzung gedenkt Präsident Bartels des Ab-
lebens der Mitglieder Krichmann-Nöhl (Soz.) und Menzel-Halle (Komm.)

Der Präsident teilt dann mit, daß die Abgg. Gottwald (Z.), Schulte (Komm.), Grube (Komm.), Kaufmann (Nat.-Soz.) und Dr. Leh (Nat.-Soz.), die inzwischen in den Reichstag gewählt worden sind, ihr Landtagsmandat niedergelegt haben.

Nach Erledigung kleiner Vorlagen folgt die Beratung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen das Staatsministerium, über den am Donnerstag nachmittags abgestimmt werden soll.

Abg. Kretschmer (D.D.) weist der Regierung vor, sie habe durch unglaubliche Schikanen die Disziplin der Abgeordneten durch unzulässige Schikanen in der Debatte behindert und entwertet. Landwirte, die der Deutschnationalen Partei angehörten, seien bewußt von dieser Hilfe ausgeschlossen worden.

Abg. Kewerger (Soz.) erklärt, die Kapitalisten hätten in dem Rückgang der Aktien an der Börse schon ihre Danksagung für die Unterstützung der Reichstagswahlen erhalten.

Abg. Stenkel (D. Vp.) erklärt, die Deutsche Volkspartei werde dem Mißtrauensantrag zustimmen. Seit langer Zeit stehe die Deutsche Volkspartei in scharfem Kampf mit der Staatsregierung wegen der unerhörten Personalpolitik. Dieser Regierung gegenüber, in der sämtliche Parteien gleich schuldig sind, können wir nicht anders handeln, als das Mißtrauensvotum anzunehmen.

Abg. Falk (Dem.) erklärt namens seiner Fraktion, daß Preußen sich als festes Bollwerk der deutschen Republik und als Hort für Ordnung und Sicherheit erwiesen habe. Wir lehnen den Antrag ab.

Abg. Radenhorst (Wp.) erklärt: Meine Fraktion wird diesen Antrag unterstützen, der geeignet ist, eine Regierung zu befeitigen, an der die Sozialdemokraten führend mitwirkten und die die Verantwortung für die wirtschaftliche Not und den kulturellen Niedergang des deutschen Volkes trägt.

Abg. Schubert (Komm.) tritt für die Annahme des Mißtrauensantrages seiner Fraktion ein.

Abg. Vollmers (Dsch.-Hann.) erklärt: Wir machen uns die Begründung des kommunistischen Mißtrauensvotums nicht zu eigen. Wir werden dem Antrag aber zustimmen, da wir keine andere Möglichkeit haben, die Befestigung der Regierung zu erreichen.

Abg. Aube (Nat.-Soz.) betont, es sei kennzeichnend, daß der Ministerpräsident Braun an den Verhandlungen des Hauses nicht teilnimmt. Noch mehr kennzeichnend sei das Schweigen des Zentrums. Das heutige System breche das Recht und auch die Verfassung, wenn es seinen bevorzugten Nutznießern in den Kram passe.

Bei den Berliner Unruhen habe das Regimentskommando der Berliner Polizei eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt (Hört! Hört! rechts). Der 14. September war der Gerichtstag für die deutsche Politik und für die Demokratie. Jetzt wird zunächst ein Volksbegehren dazu Stellung nehmen müssen. (Lärmende Zurufe links.) Wenn Sie (zu den Regierungsparteien) noch drei Monate länger regieren, dann ist auch der Volksentscheid, eine reine Willensbildung des preußischen Volkes, keine Unmöglichkeit mehr.

Am Schluß der Rede des Abgeordneten Aube erhoben sich auf der Tribüne etwa 50 Zuhörer und riefen: „Deutschland erwache!“ Die Kommunisten im Saal und eine Anzahl kommunistischer Tribünenbesucher erwiderten mit dem Rufen: „Auf!“ Der Präsident Bartels ließ die Tribünenbesucher entfernen.

Abg. Altsch (Chr.-Soz. Vp.) stimmte dem Mißtrauensantrag der Kommunisten zu.

Damit schloß die Aussprache.

Vor einem Aufruf an das deutsche Volk

× Berlin, 14. Oktober.

Ueber die Erklärung, mit der die Reichsregierung am Donnerstag vor dem Reichstag treten will, erfahren wir: Die Regierungserklärung wird ein in der Geschichte des deutschen Volkes ganz besonders bedeutendes Dokument darstellen. Es handelt sich um nichts Geringeres, als um einen Aufruf der Reichsregierung an das ganze deutsche Volk, den Ernst der Lage, in der es sich befindet, zu erkennen und danach zu handeln.

Fern jeder Panikstimmung, aber im Bewußtsein des ungeheuren Ernstes der Lage, die, wenn sie nicht mit ordnungsgemäßen und parlamentarischen Mitteln gemeistert werden kann, den Tod für unsere deutsche Wirtschaft und das Todesurteil für Hunderttausende und Millionen von Existenzen der deutschen Bürger bedeutet, wird die Reichsregierung durch den Mund des Reichskanzlers dem deutschen Volke sagen, wie die Dinge stehen: daß uns vielleicht die letzte Chance geboten ist, um aus eigener Kraft der Schwierigkeiten Herr zu werden. Für tatkräftiges Handeln ist kein Raum und keine Zeit mehr, jetzt gilt nur noch die Tat. Das ganze deutsche Parlament wird vor der gesamten Öffentlichkeit des In- und Auslandes vor die Frage der Verantwortlichkeit gestellt werden müssen. Und diese Frage enthält heute die Entscheidung über das Schicksal von Volk und Wirtschaft.

Die Panikstimmung der letzten Wochen hat die Reichsregierung zur Aufnahme eines Überbrückungs-
kreditgesetzes gezwungen, dessen Effektuierung jedoch mit gewissen Bedingungen verknüpft ist. Es ist selbstverständlich, daß das Ausmaß der Sicherung des Reformwerkes der Reichsregierung auf parlamentarischem Wege gewährleistet haben will und daß mit der Verwirklichung des Reformprogramms auch die Garantie für die Gesundung der Reichsfinanzen vollzogen wird. Diese soll auf Grund eines Schuldentilgungsgesetzes vor sich gehen, das für drei Jahre je 420 Millionen Mark von der Schuldentilgung abzutragen sich verpflichtet. — Die Reichsregierung wird mit aller Entschiedenheit erklären, daß sie gewillt ist, alles daranzusetzen, um dieses Reformprogramm auf schnellstem Wege und mit parlamentarischen Mitteln durchzuführen.

Die Geschäftslage des Reichstages.

Dem Reichstag liegen jetzt drei Mißtrauensanträge vor, und zwar gegen das Gesamtministerium, gestellt von den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen und den Kommunisten. Weitere Anträge fordern die Aufhebung der Zahlungen aus dem Young-Plan und die Aufhebung der Notverordnungen. Diese Anträge werden mit der Beratung der Regierungserklärung, die am Donnerstag erfolgen soll, verbunden. Es besteht die Absicht, nach eventueller Ablehnung der Mißtrauensanträge und Annahme des Sanierungsprogramms den Reichstag auf fünf Wochen, und zwar bis zum 1. Dezember, zu ver-

tagen, um in der Zwischenzeit der Regierung Gelegenheit zu geben, die mit dem Gesundungswerk verknüpften Maßnahmen vorzubereiten.

Ob sich diese Absicht so leicht verwirklichen lassen wird, steht heute noch durchaus nicht fest!

Neuregelung der Krisenfürsorge.

Berlin, 15. Okt. Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 11. Oktober neue Vorschriften für die Krisenfürsorge erlassen, die am 3. November 1930 in Kraft treten. Mit Rücksicht auf die allgemeine Verschlechterung des Arbeitsmarktes soll die Krisenfürsorge in Zukunft wieder den Angehörigen aller Berufsgruppen gewährt werden, und zwar in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern ohne besondere Zulassung, in den übrigen Gemeinden auf Anordnung der Vorstände der Landesarbeitsämter. Angeschlossen sind nur die Berufsgruppen „Landwirtschaft“ (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Angestellten) und „häusliche Dienste“. Die bisherigen Zulassungen bleiben bestehen, auch in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern.

Der Reichskanzler über die Lage.

Eine Unterredung mit einem französischen Pressevertreter.
Ein Sonderberichterstatter des Pariser Blattes „Volonté“ ist von Reichskanzler Dr. Brüning empfangen worden. Der ihm erklärte: Die deutsche Regierung denkt nicht an die Revision des Young-Planes, sie hat nicht die Absicht, ein Memorandum zu fordern, jedoch muß Frankreich wissen, daß die ständige Erhöhung des Geldsatzes für uns die Notwendigkeit nach sich zieht, stärker auszuweichen, wodurch unsere Zahlungen geleistet werden. Es war ein Fehler, in den Young-Plan nicht die gleiche Sicherheitsklausel aufzunehmen wie in den Dawes-Plan. Jedenfalls hat Deutschland nicht die erwarteten Erleichterungen erhalten. Wenn der Young-Plan Deutschlands Tributleistungen auch um 700 Millionen jährlich verringert hat, ist Deutschland doch gezwungen, anderthalb Milliarden Steuern mehr zu zahlen. Die Heilmündung hat nicht die erhoffte Entspannung gebracht. Vielleicht hat man in Deutschland diese Geste früher erwartet. Die Zwischenfälle gegen die Separatisten haben sich nur in den Städten ereignet, die von schwarzen Truppen besetzt waren.

Der Reichskanzler ging alsdann auf die wirtschaftliche Notlage in Deutschland und besonders auf das Elend auf dem Lande ein und erklärte: Wenn Deutschland und Frankreich einander näherkommen sollen, müssen die Franzosen begreifen, daß dieses Elend der Grund der oppositionellen Bewegung ist. Frankreich darf nicht bei der geringsten alarmierenden Nachricht seine Kredite zurückziehen. Zu bedauern ist es auch, daß die Saarverhandlungen unterbrochen wurden; die Regelung dieses Problems hätte vieles gebessert. Zum Schluß betonte Dr. Brüning, er wünsche eine ganz enge Zusammenarbeit mit Frankreich.

Kampfstimmung im Reichstag

Bisher galt als parlamentarischer Brauch, den Präsidentenstuhl des Reichstages der jeweils stärksten Fraktion einzuräumen. Die Präsidentenwahl hatte demnach keinerlei politischen Charakter. Das wird dieses Mal anders werden. Kampfstimmung ist die Signatur dieses eben zusammengetretenen Reichstages von der ersten Stunde seiner Betätigung an. Kampf gibt es daher auch um die Besetzung des Präsidiums, und die Präsidentenwahl wird zu einer hochpolitischen Entscheidung.

Schon im vorigen Reichstag ist von der deutschnationalen Fraktion ein Vorstoß unternommen worden gegen die Gepflogenheit, den ersten Präsidenten durch die stärkste Fraktion des Reichstages stellen zu lassen. Die Deutschnationalen haben es schon damals abgelehnt, für den von der Sozialdemokratie präsentierten Abgeordneten Lohbe zu stimmen, wofür sich dann die Sozialdemokraten ihrerseits dadurch rächten, daß sie bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten ihre Stimme nicht dem Vertreter der zweitstärksten Fraktion, also damals dem deutschnationalen Abgeordneten Graef, gaben. Es kam damals zu dem peinlichen Zwischenfall, daß Graef sowohl bei der Wahl zum ersten, wie auch zum zweiten Vizepräsidenten durchfiel und erst bei der Wahl zum dritten Vizepräsidenten die erforderliche Stimmenzahl erhielt.

Für die diesmalige Präsidentenwahl, die bekanntlich auf Mittwoch 15 Uhr angesetzt ist, ist die Situation so, daß Deutschnationale, Nationalsozialisten, Kommunisten, Wirtschaftspartei und Landvolkspartei ihre Stimme nicht dem Vertreter der stärksten Fraktion — als solcher ist wieder der Sozialdemokrat Lohbe präsentiert — geben wollen. Nun ist der Vorschlag gemacht worden, den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, zum Präsidenten zu wählen, wenn auch diese Fraktion nur 30 Mitglieder zählt. Die Fraktion hat beschlossen, für ihren Vorsitzenden Dr. Scholz zu stimmen, falls diesem die Kandidatur „von mehreren anderen Fraktionen angetragen werden sollte“. Die Nationalsozialisten haben bereits erklärt, daß sie einer solchen Wahl zustimmen würden. Es wird also wahrscheinlich dahin kommen, daß am Mittwoch im ersten Wahlgang noch keine Entscheidung fällt und daß eine Stichwahl erforderlich wird, aus der dann der Abg. Dr. Scholz als Sieger hervorgehen würde. Das wäre dann eine richtige Kampfwahl, die der Stimmung des neuen Reichstages durchaus entspricht. Möglich wäre, daß in diesem Falle die Sozialdemokratie überhaupt im Reichstagspräsidium keine Vertretung bekäme, entweder, weil sie auch bei den Wahlen der Vizepräsidenten nicht die genügende Unterstützung seitens der anderen Fraktionen erhält, oder aber, weil sie selbst auf einen Vizepräsidenten verzichtet, wenn man ihre den ersten Präsidenten vorentwirft. So werden auch die Wahlgänge für die Vizepräsidentenposten ausgesprochenen Kampfscharakter haben. Man wird aus dem Ausfall der Präsidentenwahl bereits vielfache Schlüsse auf die künftige politische Konstellation ziehen können.

Im übrigen hat auch die gesamtparlamentarische Situation für die Regierung Brüning in den letzten Tagen nicht verbessert. Einmal ist es der Rücktritt des Ministers Schiele vom Präsidium des Landbundes, der die Unbehaglichkeit der Lage insofern noch steigert, weil nun die Landvolkspartei im Reichstag sich von Verpflichtungen und Bindungen frei weiß und dementsprechend nun auch operieren wird. Es sind tiefe persönliche und sachliche Gegensätze, die Schiele in Konflikt mit seinen eigenen Leuten gebracht haben, die sich parlamentarisch zweifellos auswirken werden.

Sodann ist es die Verschärfung in der Berliner Metallindustrie, die sich durch die Ablehnung des Schiedsspruches ergab, der einen Lohnabbau von 6 und 8 Prozent vorsah. Die Kapitalisten benutzen diese Situation, um vor allen Dingen die Sozialdemokratie in eine schärfere Richtung zu drängen. Die Berliner Vorkommisse sollten wirklich zu denken geben. Gewiß hat es noch niemals eine Krisis gegeben, in der nicht ein Lohnabbau hätte erfolgen müssen, aber ebenso wichtig ist, daß der Preisabbau zum mindesten gleichen Schritt mit dem Lohnabbau hält.

Schließlich hat auch der Beschluß der Wirtschaftspartei, den Reichsjustizminister Dr. Brüning, der ihrer Fraktion angehört, aus dem Kabinett zurückzuziehen die Situation nicht gerade erleichtert. Daß der Reichspräsident von diesem Rücktritt nichts wissen will, kann an der Tatsache des Bestehens dieser parlamentarischen Schwierigkeiten nichts ändern. Uebrigens ist Kampfstimmung — was wird da aus dem großen Finanzprogramm der Reichsregierung werden?

Wiederwahl Lohbes?

Im Reichstag beschäftigten sich am fiktionsfreien Dienstag die Fraktionen mit der Frage der Präsidentenwahl. Die Zentrumsfraktion hat einstimmig beschlossen, an der bisherigen Praxis, daß die stärkste Partei den Präsidenten stellen soll, festzuhalten. Diesen Grundlag wird die Fraktion auch bei der Wahl der Vizepräsidenten anerkennen unter der Voraussetzung, daß sich die Kandidaten zu der Geschäftsordnung des Reichstages bekennen und die Parteien sich verpflichten, für den Kandidaten des Zentrums im Präsidium zu stimmen. Als solcher wurde von der Fraktion einstimmig der Abgeordnete Esser vorgeschlagen. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei teilt, wie wir hören, diese Auffassung des Zentrums.

Die Entscheidung der Deutschnationalen.

Ein Brief Dr. Eugenbergs und Dr. Oberföhrns an den Reichstagskanzler.

Dr. Eugenberg und Dr. Oberföhrns haben namens der deutschnationalen Fraktion an den Reichstagskanzler Dr. Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Am 14. Juli d. J. — vor der Abstimmung über die Notverordnungen vom 16. Juli — hatten wir Gelegenheit, Ihnen unsere Ansicht über die Möglichkeit der Bildung einer wirklich nichtmarxistischen Reichsregierung darzulegen. Wir haben uns damals zur Beteiligung an einer solchen unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß damit auch der ausschlaggebende Einfluß der Sozialdemokratie auf Preußen beseitigt wird. Angesichts der bevorstehenden neuen Abstimmungen halten wir es für erforderlich, unmißverständlich kundzutun, daß es die Frage der Regierungsbildung und des Regierungssystems in Preußen ist, die auch jetzt wieder einer politischen Zusammenarbeit der nichtmarxistischen Parteien zur Lösung der immer gefährlicher werdenden vor Deutschland und der Welt aufsteigenden deutschen Frage entgegensteht. Die Abneigung des Zentrums, in Preußen die Verbindung mit der Sozialdemokratie zu lösen, ist nach der von Woche zu Woche sich immer klarer abzeichnenden Entwicklung der tiefsten und innersten Grund, aus dem heraus die Tribut-, Finanz- und Wirtschaftskrisis Deutschlands jetzt durch die deutsche Verelendung gelöst werden soll, statt durch das mutige Anfasseln des Tributproblems.

Wir halten es für unsere Pflicht, auf diesen Kern der jetzigen Lage immer wieder hinzuweisen und in immer dringenderer Form unsere Anregung zu wiederholen, in Preußen eine Wendung herbeizuführen. Für die durch eine gegenteilige Auffassung bewirkte verderbliche Mitverantwortung übernehmen und aus diesen und den noch darzulegenden sonstigen Gründen für die eingebrachten Mißtrauensanträge und für die Aufhebung der erlassenen Notverordnungen stimmen.

Die Berliner Krawalle.

Eine Erklärung der Berliner Nationalsozialisten.

Bekanntlich ist es in Berlin aus Anlaß der Reichstags-eröffnung zu schweren Ausschreitungen gekommen. In der Leipzigerstraße, der Hauptgeschäftstraße Berlins, wurden zahlreiche Schaufenster der großen Kaufhäuser zertrümmert. Auch in der Nacht zum Dienstag dauerten die Krawalle fort. Die Polizei mußte immer und immer wieder mit dem Gummiknüppel eingreifen, gegen 100 Personen wurden festgenommen.

Während der Berliner Polizeipräsident Böggebel einem Pressevertreter erklärte, die Täter seien durchweg Anhänger der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eine Erklärung, in der es heißt: Die Ausschreitungen, die sich als Folge der überreizten Stimmung der Massen im Zentrum der Stadt abgespielt haben, haben ebensowenig etwas mit der NSDAP wie mit einer anderen Partei zu tun. Sie kamen daher der Leitung der NSDAP ebenso überraschend wie der gesamten Öffentlichkeit. Sie sind nach unserer Meinung als spontane Wutausbrüche anzusehen zu werden.

Die Polizei weiter in Alarmbereitschaft.

Nach den Ausschreitungen in der Berliner Innenstadt, die in der Umgebung der Leipziger Straße und des Potsdamer Platzes bis in die späten Abendstunden dauerten, ist die Nacht selbst ruhig verlaufen. Die Schutzpolizei bleibt aber weiter in erhöhter Alarmbereitschaft, da im Hinblick auf den Zusammenritt des Preussischen Landtages am Dienstag und auf die Wahl des Reichstagspräsidenten am Mittwoch mit erneuten Demonstrationen in der Umgebung der Parlamente gerechnet wird.

Ein umfangreicher Patrouillendienst mit Schnellwagen, Reitern und Radfahrern sorgt für die Überwachung der in Betracht kommenden Stadtteile. Vor allem wird die Polizei wegen der gestern in zahlreichen Fällen verletzten Bannkreisbestimmungen für eine stärkere Bewachung der Bannmeile Sorge tragen.

Festnahme eines falschen Abgeordneten.

Bei den Krawallen am Potsdamer Platz wurde ein Mann festgenommen, der sich bei seiner Siftierung mit einem amtlichen Ausweis als preussischer Landtagsabgeordneter L o s e legitimierte. Der Beamte sah aber den ihm nur flüchtig vorgezeigten Ausweis eingehend an und fand, daß das Lichtbild des Ausweises mit dem Wille des Siftierten nicht übereinstimmte. Daraufhin wurde der angebliche Abgeordnete L o s e nach der Bahnhofswache auf dem Potsdamer Platz gebracht. Hier erschien nach kurzer Zeit der nationalsozialistische braunschweigische Ministerpräsident Dr. Franzen und forderte die Freilassung des festgenommenen Abgeordneten L o s e.

Der Polizeibeamte auf der Bahnhofswache erklärte, diesem Ersuchen nicht stattgeben zu können, da der Siftierte augenscheinlich nicht der Abgeordnete L o s e sei, für den der Parlamentsausweis ausgestellt war. Ministerpräsident Dr. Franzen entfernte sich darauf. Er kam nach etwa einer Stunde zurück und teilte mit, daß er nun nicht mehr für den festgenommenen Mann bürgen könne, da inzwischen festgestellt worden sei, daß der Festgenommene nicht der Abgeordnete L o s e sei. Der Verhaftete nennt sich Gut und hat bisher seine Aussage darüber verweigert, wie er in den Besitz des falschen Ausweises gekommen ist. Er ist ins Polizeipräsidium gebracht worden.

Verfahren gegen einen Staatsminister.

Berlin, 15. Okt. Der Polizeipräsident teilt mit: Im Laufe der gestrigen Vorvernehmungen sind der politischen Polizei 106 Personen eingeliefert worden, von denen 45 Mitglieder der NSDAP sind und weitere 55 Personen mit der NSDAP sympathisieren. Gegen die in Haft Gebliebenen wie gegen die bereits freigelassenen sind Strafverfahren wegen der verschiedensten Straftaten (Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung, Beamteneileidigung, Verstoß gegen das Bannkreisgesetz) eingeleitet worden. Abgesehen von diesen Strafverfahren ist auch gegen Dr. Franzen, früheren Amtsgerichtsrat in Kiel und jetzigen braunschweigischen Staatsminister, ein Strafverfahren wegen Begünstigung eingeleitet worden. Dr. Franzen hat den 24jährigen Landwirt Paul Guth, gegen den ein Strafverfahren wegen Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Betruges eingeleitet ist, und der sich auf der Wache mit einem Ausweis des preussischen Landtagsabgeordneten L o s e zu legitimieren suchte, seinerseits der Polizei gegenüber als L o s e bezeichnet. Er hat unter Berufung auf die Immunität des angeblichen L o s e die Freilassung Guths zu erwirken, gesucht.



Reichsjustizminister Dr. Brüning.

Das deutschfeindliche Polen.

Neue Ausschreitungen in der Stadt Posen.

Wie aus P o s e n gemeldet wird — es war dort bekanntlich zu deutschfeindlichen Demonstrationen mit schweren Ausschreitungen gekommen —, bildeten sich vor dem Gebäude der Polizeidirektion, wo die verhafteten Anführer der Unruhen untergebracht sind, große Menschenansammlungen. Die Polizei war in höchster Alarmbereitschaft, und vor dem Gebäude stand eine Anzahl Lastautomobile, die mit bewaffneter Polizei besetzt waren. In der Stadt gingen Gerüchte um, daß es abermals zu antideutschen Kundgebungen kommen werde.

Durch die Caféhäuser und Restaurationen zogen Studentengruppen, um hier deutsche Zeitungen aufzulegen und zu vernichten. Mehrere Studenten wurden verhaftet, kurz nach Mitternacht aber wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Diese Studentenverhaftungen waren der Anlaß zu den großen Menschenansammlungen vor dem Polizeipräsidium. Zu weiteren Ruheföhrungen ist es nicht mehr gekommen.

Prozeß gegen einen ehemaligen deutschen Abgeordneten.

Gegen den ehemaligen deutschen Abgeordneten G r a e b e in P o s e n hat nunmehr nach sieben Jahren die Staatsanwaltschaft Bromberg in Sachen des Deutschbundesprozesses Anklage erhoben.

Graebe, der im Deutschland in Polen eine führende Rolle spielt, ist bereits vom Untersuchungsrichter vernommen. Der Prozeß soll noch im Laufe dieses Monats verhandelt werden, da man noch vor den Wahlen zu einem Urteil kommen will und Graebe Aussicht hat, wieder in den neuen polnischen Sejm gewählt zu werden.

Politische Tageschau.

Das Rätsel um General Kutjupoff gelöst? Man erinnert sich, daß zu Beginn dieses Jahres der in Paris lebende russische General Kutjupoff, der Führer der anti-bolschewistischen Russenemigranten, spurlos verschwunden ist. Wie der „Voss. Zeitg.“ jetzt aus Paris gemeldet wird, ist das Rätsel der Entführung des Generals, wenn man der in Paris erscheinenden russischen Emigranten-Zeitung „Legte Nachrichten“ glauben will, endgültig gelöst. Einer der Entführer, ein Berliner Agent der sowjetrussischen politischen Geheimpolizei, namens F i d n o r, der inzwischen in Moskau in Ungnade gefallen sei, habe gestanden, daß er mit drei Helfern den General in ein Auto gelockt und dort ch L o r o f o r m i e r t habe. Der herzkranke General sei der zu starken Betäubungsdosis erlegen. Das russische Emigrantenblatt erklärt, Fidnor werde bei Zusage der Straflosigkeit seine Aussage vor Gericht wiederholen.

Die Konferenz der Balkanstaaten, die in Athen abgehalten worden ist, hat die Gründung einer Balkanunion beschlossen. Die feierliche Schlussfeier der Konferenz fand im Antiken Theater von Delphi statt. Die neue gemeinsame Balkanunion stieg unter jubelndem Beifall am Flaggenmast empor. Mit Begeisterung nahm man schließlich den von dem zweiten griechischen Delegierten Papannastasiu aufgesetzten Appell an die Völker und Regierungen der Balkanstaaten an, in dem es heißt: „Wir sind Brüder, wir können unsere Zwistigkeiten freundschaftlich lösen. Allein die Balkanunion wird unser aller Schicksal besser gestalten. In diesem Geiste reichen wir uns die Hand, in diesem Geiste bitten wir alle Bewohner des Balkans, unsern Beispiel zu folgen, damit das Ansehen des Balkans wachse.“



Ein Bild von den Berliner Unruhen.

Links zeigt das Bild die Zerstörung einer Menschenansammlung auf dem Potsdamer Platz zu Berlin, rechts das zertrümmerte Fenster eines Warenhauses.

Streikbeschuß der Berliner Metallarbeiter.

Am heutigen Mittwoch Beginn des Streiks in allen Betrieben.

Das Metallkartell, in dem alle am Tarifvertrag der Berliner Metallindustrie beteiligten Gewerkschaften zusammengefaßt sind, hat nach längerer Beratung auf Grund des bisher vorliegenden Resultates der Urabstimmung, durch das die zum Streik erforderliche Dreiviertelmehrheit bei weitem überschritten ist, beschlossen, den Streik zu proklamieren. Nach dem Beschluß des Metallkartells soll am Mittwochfrüh in allen 276 Betrieben die Arbeit niedergelegt werden.

Im Laufe des Dienstags sind in den Betrieben noch etwa 10 000 Stimmen abgegeben worden, von denen sich gleichfalls eine erhebliche Majorität für die Ablehnung des Schiedsspruchs und Eintritt in den Streik erklärte. Wie der Metallarbeiterverband mitteilt, ist das Votum für den Streik in einzelnen Betrieben bis zu 90 Prozent der Belegschaft abgegeben worden, so daß die noch ausstehenden Ergebnisse die Mehrheit für den Streik nur noch vergrößern können, so daß das Metallkartell bereits auf Grund der bisher vorliegenden Ergebnisse den Streikbeschuß gefaßt hat.

Die Linksradikalen haben bereits am Montag eine sogenannte „provisorische Streikleitung“ und einen „zentralen Kampfausschuß“ gebildet, der ohne Föhrung mit den Gewerkschaften arbeitet. Dem Vorgehen dieser kommunistischen Streikleitung gelang es, die Betriebe der Firmen F l o h r (Berlin) und Drudenmüller lahmzulegen, ebenso den Betrieb von H a f f e & W e b e. Bei der Firma F r i e d r i c h v e r h i n d e r t e n die Kommunisten die Aufnahme der Arbeit mit der Begründung, daß kein Angehöriger der Belegschaft arbeiten werde, solange auf der Straße vor dem Fabrikgebäude Polizeibeamte patrouillierten, die von der Geschäftsleitung aus Vorsichtsgründen herbeigerufen worden waren.

Kurznachrichten.

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun. Es handelt sich um eine der üblichen von Zeit zu Zeit stattfindenden Besprechungen über die politische Lage.

Der Reichsrat — die verfassungsmäßige Vertretung der Länderregierungen — hat am Dienstag nachmittags den Entwurf des Pensionskürzungsgesetzes beraten.

Reichsamtpräsident Dr. Luther erklärte in Basel, wo er wegen einer Verwaltungsratsprüfung der Internationalen Tributbank weilte, jede deutsche Regierung, wie sie auch zusammengefaßt sei, werde die Verpflichtungen aus den Nachkriegsanleihen erfüllen.

Die aus der Staatspartei ausgeschiedenen sechs völkernationalen Reichstagsabgeordneten haben sich als besondere Gruppe „Völkernationalen Reichsvereins“ konstituiert und den Abgeordneten Bornemann zu ihrem Obmann gewählt.

Ein großer englischer Bergbaukonzern hat die Konzession zur Ausbeutung verschiedener südböhmischer Bergwerke erhalten und bereits eine Anzahl Bergwerksgesellschaften in Südböhmen gegründet.

In Murcia und Sevilla soll es, nach Meldungen Pariser Blätter, bei Beginn des Generalstreiks zu ersten Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei gekommen, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte gegeben habe. Die Streikbewegung trage revolutionären Charakter.

Der Präsident des mohammedanischen Kongresses in Britisch-Indien, K i s s a t U l l a h, ist vom englischen Gericht in Delhi zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Das Pensionskürzungsgezet im Reichsrat angenommen.

Berlin, 15. Okt. Im Reichsrat wurde am Dienstag das Pensionskürzungsgezet mit der verfassungsändernden Mehrheit von 53 Stimmen gegen die 7 Stimmen des Landes Sachsen bei Enthaltung der beiden Stimmen des Landes Thüringen angenommen.

Bedingte Preisentlung in der elektrotechnischen Industrie.

Im Anschluß an den Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie, der einen Lohnabau von 8 Prozent bzw. 6 Prozent ab 2. November 1930 vorsieht, hat die elektrotechnische Industrie beschlossen, in den Fall der Durchführung dieses Schiedsspruchs, die Lisenpreise für Maschinen, Motoren, Transformatoren, Zähler, Apparate, Installationsmaterial und Hausaltgeräte mit Wirkung a. 1. November um 5 Prozent zu senken. Für die Waren, wie Kabel, Drähte, Glühlampen und andere, für die Preisermäßigungen bereits vorgenommen sind, erfolgt besondere Regelung.

Diese Preisentlung übersteigt bei weitem den durch die in Aussicht genommene Lohnentkung erparten Betrag und setzt voraus, daß auch in anderen Gebieten Deutschlands und in den zuleifernden Industrien ein Lohnabau erfolgt.

Aus der Heimat

Mittwoch den 15. Oktober 1930

Die Kinderreichen fordern Rettung der deutschen Familien.

Die diesjährige Haupttagung des Reichsbundes der Kinderreichen fand unter Leitung des Präsidenten Hans Konrad-Düffeldorf am 3. und 4. Oktober zu Dresden statt. Sie begann mit einer Bundesausschuss-Sitzung, in der zunächst eine neue Satzung angenommen wurde, wonach der Reichsbund eine Dachorganisation von Landes- und Provinzialverbänden ist. Bei der Vorstandswahl wurden die ausstehenden Mitglieder wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurden Prof. Dr. Thomsen-Münster, Generalarzt Dr. von Heuß-München, Ministerialrat Schulze-Dresden und Rektor Bizer-Witten. Der Nachmittag brachte einen Vortrag über den Wohnungsbau für Kinderreiche (Referent Generalsekretär Schröder-Münster) und einen solchen über Bauparlamente (Referent Verbandsgeschäftsführer Otten-Köln). Bei einem Empfang des Vorstandes und der Verbandsführer durch den Oberbürgermeister und den Magistrat im Rathaus gab Oberbürgermeister Dr. Blüher der Hoffnung Ausdruck, daß die Aufklärungsarbeit des Bundes schließlich doch zu einer Verbesserung der Lage kinderreicher Familien führen werde. Am Sonntag fand eine Kundgebung im großen Festsaal des Hygienemuseums statt. Zunächst sprach Ministerialrat Dr. Böhl vom Reichsarbeitsministerium über Maßnahmen zur Linderung der Not in den kinderreichen Familien. Redner ging auf die Schäden der Landflucht ein und meinte, wenn man auch die städtisch gewordenen Menschen nicht wieder auf das Land zurückführen könnte, müsse man doch alles daran setzen, die noch auf dem Land befindlichen Familien dort zu behalten, weil die Städte nicht mehr aufnehmenfähig seien. Was die Wohlfahrtsfürsorge des Staates anbelange, so müsse die Hilfe zunächst da einsetzen, wo die Not am größten sei, und das sei die Zukunft in den kinderreichen Familien. Redner verbreitete sich sodann über das Wohnungsbauprogramm unter besonderer Berücksichtigung der letzten Erlasse. Er forderte größere Planmäßigkeit auf der einen Seite und mehr Anspruchlosigkeit auf der anderen Seite. Er stellte in Aussicht, daß die Regierung einen bestimmten Prozentsatz der bereitgestellten Millionen für kinderreiche Wohnungsnachlassende reservieren werde. Medizinalrat Dr. Engelsmann-Kiel besprach dann die Forderungen der Kinderreichen, die sich bekanntlich auf Versprechungen in der Reichsverfassung (Artikel 119) stützen und in der Forderung nach einem Ausgleich der Familienlasten durch allgemeine Ertragsbeiträge gipfeln. Die stark besuchte Versammlung einigte sich in einer Entschließung, darin die allgemeine Not der Zeit weitgehend anerkannt wurde, die jedoch zum Ausdruck brachte, daß die Erhaltung des Volkes, der die Rettung der Familie zugrunde liegen müsse, allen anderen Notwendigkeiten — selbst den Reparationszahlungen — voran zu stellen sei, denn alle Anstrengungen seien nutzlos, wenn das Volk darüber zahlenmäßig zugrunde gehe. Die nachfolgende Tagung wird in Verbindung mit der Sitzung des Comité International pour la vie et la famille in Köln stattfinden.

* Ein eigenartiges Hindernis hatte heute morgen der Frühzug, der von Laasphe kommt, zwischen Schamsted und Erndtebrück zu passieren. Wahrscheinlich durch Natureinflüsse hatten sich zwei am Bahnkörper stehende Telegraphenmasten etwas umgelegt, so daß die Lokomotive in die herunterhängenden Drähte hineinfuhr und der Zug sofort zum Halten gezwungen werden mußte. Man räumte die Masten beiseite und konnte die Fahrt fortsetzen. Glücklicherweise ist der Unfall ohne irgendwelchen Personenschaden abgegangen. Der Gegenzug erlitt nur eine geringe Verspätung.

Herbstzuchtvielerzeugung der Sauerländischen Herdbuch-Gesellschaft und des Sauerländischen Schweinezüchters in Meischede.

Die diesjährige Zuchtvielerzeugung in der Viehhalle zu Meischede findet am Dienstag den 4. November statt. Es verspricht eine große und bedeutende Veranstaltung zu werden, da so viele Anmeldungen vorliegen wie nie zuvor, und sämtliche Genossenschaften und Einzelzüchter von Namen eine Beteiligung vorgelesen haben. Es sind gemeldet 120 Zuchtbullen und hochtragende Kühe und 75 Zuchteber und tragende Sauen. Wenn freilich auch noch manches Stück bei der Vorprüfung ausgemerzt wird, so ist doch immerhin ein Auftrieb von bisher ungewöhnlichem Umfange zu erwarten. Die Qualität wird ebenfalls das bisher Dagewesene überbieten. Die beiden rühmlichst bekannten Wölschne Linies und Linier der Genossenschaften Berghausen und Wormbach sind mit 21 Nachkommen vertreten, wovon neun Stück Söhne des 1. Preisträgers von Köln (einer der besten rotbunten Bullen Deutschlands) sind. Das gute, edle und ausgeglichene Geschwisterquartett (4 Gerhardschöter) aus Berghausen, das auf der Ausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Köln den 2. Familienpreis errang, ist ganz mit je einem männlichen Nachkommen von Linies vertreten. Die gute alte Genossenschaft Sertenrode hat wiederum sieben Nachkommen des Gariso-Söbber Entels Konradin zur Stelle, der viel Milch und Fruchtbarkeit zu bereiten verspricht. Auch die Schwarzbuntzüchter des Sauerlandes haben noch nie soviel Auswahl (23 Bullen) und Qualität geboten, so daß im Ganzen ein außerordentlich reiches Angebot von Zuchtbullen zur Ausbietung kommt, und der Bedarf bestimmt zu recht mäßigen Preisen gedeckt werden kann. Wer seinen Bullen wechseln muß oder Zweifel an der erforderlichen Güte seines Bullen hat, soll die günstige Gelegenheit der Herbstvielerzeugung in Meischede benutzen, zumal 3. St. die Schlachtpreise für Rindvieh noch einigermaßen sind. Auch verdient der Auftrieb an rotbunten hochtragenden Kühen die Beachtung aller Landwirte, die weibliche Tiere auswechseln müssen oder eine Grundlage für den Aufbau der Zucht legen wollen. — Die Zuchtschweine entfallen den bekannten guten sauerländischen Züchtern mit besonderer Aufmerksamkeit und fruchtbar, gutgeformten Material, das ausschließlich auf die besten münsterländischen Züchter zurückgeht. — Die im Zuchtgebiet bleibenden Tiere können am Versteigerungstage amtlich geförzt bezogen, einbezogen werden, um an Unkosten möglichst zu sparen.

Witterungsaussichten für Donnerstag: Zeitweise bewölkt, doch trocken, tagsüber mild, südöstliche Winde.

Laasphe:

* Von der Kreispartei Laasphe wird uns geschrieben: „Wirtschaftskrise und Weltpartag. Wer in einer Zeit größter Arbeitslosigkeit und des Darniederliegens der Wirtschaft vom Sparen spricht, muß auf den Einwand gefaßt sein, daß ein Hinweis auf das Sparen in solchen Zeiten nicht recht am Platze sei. Sparen könne erst dann in Frage kommen, wenn der notwendige Lebensunterhalt, das Existenzminimum gesichert ist. Diefem Einwand läßt sich naturgemäß nicht viel Stichhaltiges entgegenhalten, man kann nur sagen, daß in solchen schweren wirtschaftlichen Zeiten der Nutzen einer rechtzeitig geübten Sparsamkeit, der Zweck des Sparsparens als Notgroßes, offensichtlich wird. Die starke Unsicherheit der wirtschaftlichen Konjunktur zwingt den Einzelnen, etwas zur Sicherheit seiner Zukunft zu tun, und eine Sparrücklage ist nun einmal die beste vorsorgliche Zukunftssicherung. Zweifellos wäre die Auswirkung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise noch fühlbarer, wenn nicht das in den letzten Jahren neu gebildete Spartapital vielen einen gewissen Rückhalt geboten hätte und noch bietet. Gerade in Notzeiten, wie der gegenwärtigen, zeigt sich deutlich, daß die Hilfe, die die Allgemeinheit dem Einzelnen gewähren kann, immer nur begrenzt sein kann und durch eigene Vorsorge ergänzt werden muß. Die Beziehungen zwischen Spartapitalbildung und Wirtschaftskrise haben jedoch noch eine andere wichtige Seite. Von überallher ertönt der Ruf nach Kapital zur Überwindung des wirtschaftlichen Tiefstandes. Es wird Kapital zur Anfurberung der Wirtschaft, zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms und zur Wiedereingliederung des Arbeitslosenheeres in das Erwerbsleben gefordert. Da genügend Kapital nicht zur Verfügung steht, müssen Kredite aus öffentlichen Mitteln, also letzten Endes aus Steuern, gewährt werden, oder man richtet den Blick auf das Ausland, das jedoch selbst unter Krisenereignissen zu leiden hat. So ergibt sich von selbst die Notwendigkeit der heimischen Kapitalbildung bei den inländischen Sparinstituten; sie ist die geeignete und billige Form der Kapitalbeschaffung. Sie gewährleistet auch die richtige Verwendung der Kapitalen an der richtigen Stelle. So erweist sich diese kurze Ueberlegung die Berechtigung des Weltpartages auch in diesem Jahr. Der Weltpartag soll zum Nachdenken über die Lebensfrage unserer Wirtschaft, die Spartapitalbildung, anregen.“

* Von der Marburger Bank, Laasphe, wird uns geschrieben:

Der Verband Hessischer Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften e. V., Kassel, dem auch die hiesige Marburger Bank angehört, veröffentlichte soeben die Ergebnisse der Zweimonatsbilanzen per 31. August 1930 der ihm angeschlossenen Kreditgenossenschaften.

Hierzu stellt sich das Betriebskapital (Bilanzsumme) auf RM. 55,2 gegen 53,6 Millionen Ende Juni 1930, was eine weitere Zunahme um RM. 1,6 Mill. bedeutet. Hierbon entfallen auf Spar-Einlagen rund RM. 0,9 Mill., auf Guthaben in laufender Rechnung rund RM. 0,3 Mill. und auf sonstige Passiven 0,4 Mill. Gleichzeitig konnten RM. 0,5 Mill. Bankschulden zurückgezahlt werden. Die ausstehenden Kreditverträge verminderten sich um rund RM. 0,2 Mill., trotz der inzwischen belasteten Semeierzinsen.

Somit ist eine kräftige Zunahme der flüssigen Mittel festzustellen; die Liquidität beträgt gegenüber den täglich fälligen Verbindlichkeiten rund 75 Prozent. Auch diesmal dürfte es sich bei der Kreditorenzunahme wieder um Verträge handeln, die teilweise aus Saison-Einnahmen herühren, im übrigen aber infolge der starken wirtschaftlichen Depression — sinkende Preise bei verringerten Umsätzen — vorläufig keine andere sichere und gewinnbringende Anlage-möglichkeit haben. Die Gesamtsumme der ausstehenden Kredite aller Art einschließlich der weitergegebenen Wechsel beläuft sich auf RM. 48 Millionen.

Erndtebrück:

Prächtiges Herbstwetter. Herbsttage, wie sie Dichter und Chronisten zu schilbern pflegen, wenn vom klaren Himmel herunter die Sonne mit sommerlicher Wärme das farbenfreudige Bild des herbstlichen Waldes überstrahlt, waren uns gestern und heute nach langen Regentagen noch einmal beschieden. Sollte es der Herbst wirklich noch einmal gut mit uns meinen? Wir haben zu viel Enttäuschungen erlebt, um erneut unsere Hoffnung aufzupflanzen. Aber wenn wirklich noch weitere schöne Tage kommen, dann wollen wir das freudig begrüßen, denn viel ist dem Landwirt bis jetzt zu tun übrig geblieben, so daß es an solchen schönen Tagen besonderer Anstrengungen bedarf, um den Rest der Ernte zu bergen. Die während der letzten Regentage geernteten Kartoffeln waren zum Einstellen kaum geeignet, so daß sie auf dem Hof oder der Scheunentenne ausgebreitet werden mußten, um sie zu trocknen und von der anhaftenden Erde zu befreien. Für den Landwirt bedeutet dies, wie wertvolle Mehrarbeit, so daß die diesjährige Ernte nur schrittweise ihrem Ende zugeht.

Wallau:

Seine Gesellenprüfung im Schneiderhandwerk bestand Lehrling Heinrich Theis aus Niederreienhausen, in der Lehre bei Herrn Schneidermeister Hrn. Henkel 10. und Herrn Otto Schmidt in Wallau, vor der zuständigen Prüfungskommission im theoretischen und praktischen mit der Note „Sehr gut“. Diese Note wird heute nur für ganz ausgezeichnete Leistungen gegeben.

* Siegen. Beinahe ertrunken. Dieser Tage stürzten zwei spielende Kinder im Alter von zwei Jahren in den Mühlengraben nahe des sogenannten Schleifmühlchens am Limberg. Nur durch beherztes Zugreifen eines Passanten wurden die Kinder vor dem Ertrinken gerettet. Durch das große Wasser waren die Kinder bereits unter den Tunnel gespült worden.

* Siegen. Zu dem Raubüberfall berichtet die Siegener Kriminalpolizei, daß fälschlicherweise der 20jähr. Sohn des Geschäftsinhabers als einer der Beteiligten genannt ist. Diese Meldung ist falsch, es handelt sich um den 19jährigen nichtmündigen Stiefsohn des Neger.

* Altkirchen. Ueberfall. Abends gegen 8 Uhr wurde im benachbarten Busenhausen von einem maskierten Räuber ein Raubüberfall verübt. Während die Frau eines Landwirts sich im Stalle befand, stahl eine unbekannte Person aus dem Küchenschrank einen größeren Geldbetrag. Im Schlafzimmer plünderte der Räuber einen Kleiderschrank

aus. Die Hausfrau ging ahnungslos in das Schlafzimmer. Als sie den Durchgang sah, hielt dieser ihr einen Revolver vor das Gesicht. Die Frau flüchtete auf den Hof und schrie laut um Hilfe. Als einige Nachbarn den Räuber verfolgten, schoß dieser auf die Verfolger, ohne aber jemand zu verletzen. Er konnte im Walde unerkannt entkommen. Polizeibeamte fanden später im nahen Wald eine geladene Browningspistole.

Vermischtes

Am goldenen Hochzeitstage vom Tode ereilt.

Grünberg (Oberhessen), 15. Okt. In dem benachbarten Dorfe Großenhain beging der Einwohner Konrad Wolf III. mit seiner Frau das Fest der goldenen Hochzeit. Die Aufregungen des hohen Tages mußten aber wohl für die alte Frau zu groß gewesen sein, denn am Abend des goldenen Hochzeitstages erlitt sie einen Herzschlag, der ihren sofortigen Tod herbeiführte.

Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten.

Kassel, 15. Okt. Hier kam es an zwei Stellen zu Zusammenstößen zwischen Polizeibeamten und Kommunisten. Als die Polizei gegen eine Gruppe Burschen vorgehen wollte, die ruhestörenden Lärm verursachten, wurde sie von etwa 30 Ruhestörern umringt. Die Polizeibeamten versuchten, sich mit dem Gummiknüppel die Angreifer vom Leibe zu halten. Als der eine Beamte drohte, von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen, flüchteten die ruhestörenden Elemente. Eine Stunde später wurden zwei andere Beamte beim Vorgehen gegen Ruhestörer ebenfalls umringt und bedroht. Die Beamten, die tödlich angegriffen wurden, setzten sich mit dem Gummiknüppel zur Wehr, konnten aber erst Luft bekommen, als ihnen zwei weitere Beamte zu Hilfe eilten. Einer der Hauptstreiter konnte festgenommen werden.

Die Ausschreitungen in Berlin vor dem Schnellrichter.

Berlin, 15. Okt. 19 der Demonstranten, die im Verlauf der Ausschreitungen in der Nähe des Reichstages und vor allem in der Innenstadt von der Polizei festgenommen worden waren, wurden bereits am nächsten Tage dem Schnellrichter vorgeführt. Die Feststellung der Personalien der Angeklagten ergab, daß sich darunter zwei Jugendliche von 17 Jahren, und zwar ein Schüler, der die Unterelchenda des Werner-Siemens-Gymnasiums besuchte, und ein Väterlehrling, befanden. Der Älteste ist ein 30jähriger Arbeiter. Unter den Angeklagten befinden sich zahlreiche Arbeitslose; bis auf vier sind sie sämtlich unbekannt. Die meisten Angeklagten bestritten auf das Entschiedenste, an einem öffentlichen Umzug teilgenommen, den Beamten Widerstand entgegengekehrt oder Steine gegen die Fenstergehänge in der Leipziger Straße geworfen zu haben. Einer von ihnen verweigerte überhaupt jede Auskunft, da ihm ein Offizialverteidiger verweigert worden sei.

Während der Gerichtsverhandlung vom Schlag getroffen.

Moskau, 15. Okt. Der Präsident des Medlenburgischen Oberlandesgerichts Krüger wurde, während einer Gerichtsitzung plötzlich vom Schlag getroffen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Verstorbenen, der erst kurze Zeit das Amt des Präsidenten des höchsten medlenburgischen Gerichtes bekleidete, stand im 62. Lebensjahre.

Das Urteil im Leipziger Kommunistenprozeß.

Leipzig, 15. Okt. In dem Prozeß gegen zehn Kommunisten wegen der Osterdemonstrationen in Leipzig aus Anlaß des kommunistischen Jugendtages, bei denen ein Polizeihauptmann und ein Polizeiwachmeister den Tod fanden, wurde nach vierzehntägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Es erhielten der Arbeiter Haukebreiter aus Meuselwitz wegen Totschlags und schweren Aufruhrs fünf Jahre Zuchthaus, vier Jahre Ehrverlust, der Arbeiter Fritz Mathey aus Berlin ein Jahr sechs Monate Gefängnis, der Arbeiter Alfred Bahr aus Jgleburg und der Arbeiter Fritz Brätorius aus Burg wegen Aufruhrs je ein Jahr drei Monate Gefängnis, Heizer Esser aus Düsseldorf und Schlosser Jakob Helmstedt aus Frankfurt a. M. wegen schweren Landfriedensbruchs je ein Jahr drei Monate Gefängnis, Bergmann Wilhelm Deuter aus Bielefeld wegen Aufruhrs sieben Monate Gefängnis; Maurer Otto Hermann aus Leipzig, Arbeiter Walter Härtig aus Leipzig und Installateur Ernst Schöne aus Magdeburg wurden freigesprochen.

Bombenattentat auf einen Gerichtsarzt.

Heutigen, 15. Okt. Im Amtszimmer des Heutigen Gerichtsarztes Medizinalrat Dr. Spieder im Strafgerichtsgebäude erschien dessen Gattin mit ihrem vierjährigen Töchterchen, um ihrem Mann ein durch die Post in der Wohnung zugeflossenes Päckchen zu überbringen. Als Dr. Spieder die Umschließung der Postsendung löste, ertönte ein ohrenbetäubender Knall, und fast in demselben Augenblick glück das Zimmer einem Trümmerhaufen. Dr. Spieder und seine Familienangehörigen blieben wie durch ein Wunder so gut wie unverletzt. Der Gerichtsarzt hat nur durch einige Splitter unbedeutende Verletzungen am Unterarm erlitten. Von dem Urheber des Attentates fehlt bisher jede Spur. Es dürfte sich um einen Nachschuß aus den Kreisen handeln, die sich durch ein Gutachten des Arztes benachteiligt fühlen.

Die Sturmflutkatastrophe an der bretonischen Küste. Die Zahl der Opfer der letzten Sturmflutkatastrophe steht noch nicht fest. In Etel (Pretagne) fehlten beim letzten Appell noch zehn Fischer mit insgesamt 61 Mann. In Douarnenez werden noch 18 Mann als vermisst gemeldet.

Dr. Edener in London.

Interessante Bekundungen zur Katastrophe des „R 101“. Dr. Edener, der als Vertreter Deutschlands an der Beerdigung der Opfer des „R 101“ teilgenommen hat, stattete dem Luftfahrtministerium einen Besuch ab und wurde von Unterstaatssekretär Montagne und Luftwizemarschall Dowding empfangen.

In einem Interview mit einem Vertreter der „Times“ machte Dr. Edener interessante Mitteilungen über die barometrischen Veränderungen, die während der Nacht, in der das Luftschiff „R 101“ verunglückte, beobachtet wurden. Dr. Edener teilte mit, daß der „Graf Zeppelin“ in den frühen Morgenstunden des 5. Oktober gleichfalls eine kurze Fahrt in Leipzig landete, zeigte sein Höhenmesser eine Höhe von 130 Meter an, obwohl es sich auf dem Boden befand.

Dr. Edener fügte hinzu, daß er in seiner 30jährigen Erfahrung als Luftschiffer niemals beobachtet habe, daß ein Gebiet niedrigen Luftdrucks sich mit einer solchen erstaunlichen Schnelligkeit gebildet habe. Er erklärte, daß er beabsichtige, dem britischen Luftfahrtministerium einen eingehenden Bericht über seine Beobachtungen zu erstatten.

Goldtransporte über den Ozean.

Der wirtschaftliche Wert der schnellen Dampferfahrten.

Bei den Schnelligkeitsrekordfahrten unserer „Europa“ herrschte bei uns großer Jubel, im Auslande Bewunderung. Diese Spitzenleistung hat ein sportliches Interesse, aber auch einen wirtschaftlichen Wert. Nehmen wir nur einmal die Gold-Transporte. Hier sind die Zinsen so beträchtlich, daß sie bei längerer Dauer der Fracht erheblich ins Gewicht fallen. Ein Beispiel. Als Deutschland vor etwa anderthalb Jahren in England Gold zu einem Wert von 150 Millionen Mark kaufte, betrugen die täglichen Zinsverluste während des Transportes 35 000 Mark. Also muß künftig schneller transportiert werden.

Wenn Deutschland Gold kauft, so geschieht das nicht direkt durch die Reichsbank, sondern meistens durch deutsche Großbanken, die sofort bei der Übernahme des Goldes den Gegenwert in Devisen erlegen müssen. Transportrisiko und Zinsverlust gehen auf Kosten des Käufers. Erst wenn die Reichsbank das Gold übernommen hat, erhalten die Großbanken den vereinbarten Preis. Darum ist auch so sehr die Zeit entscheidend zwischen dem Ankauf des Goldes und dem Verkauf in Berlin. Ist sie kurz, sind um so geringer Zinsverluste und Versicherungsloskosten. Die Gesamtkosten, entstanden durch Transport, Versicherung, Provision und Zinsen, betragen ungefähr 1 Promille, also betragen bei einem Kauf von Gold im Werte von 150 Millionen die gesamten Unkosten ungefähr 150 000 Mark.

Wollen wir nun in Amerika oder Südamerika Gold kaufen, dann muß es uns gelingen, den Transport des Goldes durch sichere und schnellfahrende Schiffe bewerkstelligen zu lassen, weil Gold in Flugzeugen kaum transportiert werden kann. Fährt nun das Schiff sehr schnell, verringert sich die Zeitspanne, dadurch verringern sich wieder Zinsverluste, Versicherungsleistungen. Deshalb haben die Schnelligkeitsrekorde der deutschen Riesendampfer „Europa“ und „Bremen“ einen großen wirtschaftlichen Wert. Die kurze Reisedauer dieser Schiffe ermöglicht eine gewaltige Ersparnis von Zinsen. Die Schiffe sind auch für solche Transporte mit Panzertreibern ausgerüstet, welche jede Sicherheit gewährleisten.

Das Gold wird knapp.

In dem Bericht des vom Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der mit der Verteilung des Goldes zusammenhängenden Fragen wird für die nächsten zehn Jahre und darüber hinaus ein beträchtliches Sinken der Goldproduktion vorausgesagt. Der Bericht erörtert ausführlich die gegenwärtige ungleiche Verteilung des Goldes zum Zwecke der Münzdeckung bei den einzelnen Staaten.

In 15 Staaten seien über 90 Prozent des Goldbestandes der ganzen Erde konzentriert. Im Jahre 1929 hätten Frankreich und die Vereinigten Staaten die Gesamtziffer ihrer Goldreserve um etwa 550 Millionen Dollar erhöht. Diese ungleiche Verteilung des Goldes werde in sich, je mehr das Angebot in neuem Golde nachlasse, eine immer größere und ernstere Bedeutung gewinnen.

Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die besonderen Gründe, die die anormale Goldbewegung in den letzten Jahren bewirkt haben, mit der Zeit wegfallen und daß es durch eine vernünftige Zusammenarbeit möglich sein werde, das Gold in der Welt in der den Interessen aller Länder entsprechenden Weise zu verteilen.

Anzeigen frühzeitig aufgeben!

Die Perlen der Frau von Hennig

Roman von A. v. Hahn

22]

Nachdruck verboten.

„Ist es denn schon so spät?“ fragte er gereizt. „Sie haben doch immer erst Punkt sechs Uhr das Licht anzuzünden.“

„Bitte, es ist genau sechs Uhr, Herr Dittmann!“

„Sei doch gut, Anneten, kriegst du Taler!“ freizügte der Vogel, gleichsam die Gefaschene tröstend.

„Inname Bestie!“ rief Dittmann roh, ungeduldig nach dem Vogel schauend, der jetzt wieder harmlos an seinem Zuder knabberte und weder etwas von dem Jörn des Herrn, noch von Annas Verlegenheit wußte, die sich mit dem häufig zusammengefallenen Kaffeegeschirr schnell entfernte.

Das Licht bestrahlte nun Ediths Antlitz. Sie sah wunderhübsch aus. Die hohe Temperatur im Zimmer und die Erregung — was hatte ihr Herz heute nicht alles bewegt! — hatten eine glühende Röte auf ihre Wangen gezaubert, die sich in reizvollem Gegensatz von ihrem zarten Teint abhob und ihr Gesicht voller und reifer erscheinen ließ. Die schönen, dunkelblauwimperten, blauen Augen strahlten einen Teil des Lichts zurück, das in dem jungen Herzen aufgegangen war, und hatten jetzt einen hinreißenden Ausdruck. Das Schlicht-Jungfräuliche ihrer Erscheinung, das sie mit eigentümlichem Zauber umgab und wie in einen Hauch hüllte, wurde noch durch den funktlos am Hinterkopf verschlungenen vollen Flechtentranz besonders hervorgehoben.

Dittmann stufte sich, als er sie jetzt mit seinen Blicken umfaßte, und so unverhohlene Bewunderung prägte sich in seinen Zügen aus, daß sie verlegen vor sich hinblinzelte. In seiner ungenterten Weise gab er aber seinen Empfindungen noch weiteren Ausdruck.

„Donnerwetter, sind Sie ein hübsches Mädel!“ sagte er mit leuchtendem Blick, und dann legte sich ein nachdenklicher Zug über sein Gesicht, während er sie unausgesetzt betrachtete.

Dieses unmanierliche Betragen empörte sie. Sie erhob sich.

„Wenn Sie heute keine besonderen Aufträge für mich haben, dann bitte ich um die Erlaubnis, mich zurückziehen zu dürfen.“

„Einen Augenblick noch, Fräulein. Sie erinnern mich an jemanden — ich weiß nur nicht, wer es ist —, an eine

Rot- und Weißkrant

eingetroffen.

Seibel, Laasphe
Fernspr. 67.

Düngesalt

eingetroffen. Ausgabe von 17—18 Uhr im Lager Bahnhofstraße.

Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft für Laasphe u. Amt Banse, e. G. m. b. H.

Bibliographisches Institut A. G. in Leipzig

In siebenter, neubearbeiteter Auflage erscheint:

MEYERS LEXIKON

12 Halblederbände

Über 100 000 Artikel auf 21 000 Spalten Text, rund 5000 Abbildungen und Karten im Text, über 1000 farbige Bildtafeln und Karten, über 200 Textbeilagen.
Bd. I, II, IV bis IX kostet je 30 RM., Bd. III 33 RM.

Sie beziehen das Werk durch jede gute Buchhandlung und erhalten dort auch kostenfrei ausführliche Ankündigungen



Wannas — schon wieder zwei neue Hühneraugen? — na wartet eine Schachtel „Lebewohl!“ verjagt euch.

Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Balkenscheiben, Blechdose (8 Pfaster) 75 Pfg., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße u. Fußschweiß, Schachtel (2 Wäber) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben: Wittgenst. Drogerie Max Hinz.

Wir geben hiermit bekannt, daß wir unser Stammkapital von RM. 80 000 durch Übernahme von Geschäftsanteilen auf RM. 130 000 erhöht haben. Gleichzeitig erklären wir hiermit, daß wir das Stammkapital um RM. 60 000 auf RM. 70 000 herabsetzen wollen und bitten unsere Gläubiger, sich bei unterzeichneter Gesellschaft zu melden, falls sie mit der Herabsetzung nicht einverstanden sein sollten.

Laasphe, den 14. Oktober 1930.

„Mirella“

Fabrik elektr. Koch- u. Heizapparate e. m. b. H.

Es wird jetzt Zeit, die Leimringe um die Obstbäume zu legen!

1a. Raupenleim, in 1/2 u. 1/4 kg-Dosen
Raupenleimpapier
Baft
Baumwachs etc. empfiehlt

Wittgensteiner Drogerie, Max Hinz, Laasphe

Täglich frisch gerösteter

KAFFEE

1a Qualität zu billigen Engrospreisen direkt an Private
Feinster Haushaltskaffee p. Pfund RM 2.55
Bremer Guatemala-Mischung „ 2.90
Perlmocca „ 3.10
Beste Sorte „ 3.40
Coslarica, pikant „ 3.80
Verpackung wird nicht berechnet. Ab 9 einhalb Pfund portofrei. Ab 5 Pfund wird nur halbes Porto berechnet. Rücknahme bei Nichtgefallen.

Georg Wank jr., Bremen, Postfach 822.

Den Regenschirm

den Sie brauchen finden Sie bei

Ludwig Schröder, Laasphe für Damen, Herren und Kinder immer das Richtige Schirmreparaturen.

Saatkartoffeln,

P. S. G. „Erdgold“, anerkannter 1. Abart, treibstark, gelbfleischig und hochertragsfähig, hat preiswert abzugeben

Georg Spies,

Landwirt, Weidenhausen, Post Leimstruth.

IBACH-Pianos und -Flügel

erstklassig durchgearbeitet, sehr preiswert bei bequemen Raten abzugeben. — Beschäftigung ohne Kaufzwang. Anfragen zu richten an

IBACH Barmen, Neuerweg 40.

Nur für

Rundfunkhörer

die es noch nicht wissen: Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reich illustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkeitschrift **Der Deutsche Rundfunk** Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N 24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

Dame, die ich vor Jahren gekannt haben muß. Es wird mir schon einfallen.“

„Ich soll meiner Mutter sehr ähnlich sein“, sagte sie unüberlegt.

„Ihrer Mutter? Was war sie für eine Geborene?“

Edith erglühte bis unter die Haarwurzeln. Jetzt hatte sie sich gründlich verannt.

„Ich weiß es nicht“, stotterte sie befangen.

„Leben Ihre Eltern noch?“

„Meine Mutter ist tot“, sagte sie leise.

„Wo sind Sie eigentlich zu Hause?“

„Das kann ich alles nicht sagen“, entgegnete sie in peiniglicher Ratlosigkeit. Dann fuhr sie lebhaft fort: „Mein Koffer befindet sich noch auf dem Bahnhof. Darf ich bitten, daß er mir noch heute gebracht wird?“

Gehtlos, sie hatte einen Ausweg gefunden, dem Verhör zu entgehen.

„Gewiß, liebes Fräulein.“ Jetzt erhob auch er sich. „Er wird sofort geholt werden. Ich will Ihnen aber vorerst noch Ihr Zimmer zeigen.“

Mit höflicher Gebärde ging er ihr voran und führte sie durch die Zimmerreihe zurück, durch die sie vorher eingetreten war. In der Vorhalle schloß er eine Tür auf, die den Ausgang nach einer Treppe verdeckte, und forderte sie auf, ihm zu folgen, nachdem er das Licht angezündet hatte.

Es war ein großer Vorraum, auf den sie jetzt im ersten Stockwerk gelangt waren. Er war mit dicken Teppichen belegt und wies, wie unten, an drei Seiten Türen auf, die nach den inneren Räumen mündeten.

Die mit alttürkischen Malereien bedeckten Wände waren außerdem mit allerlei modernem Gerät behangen, darunter auch Waffen und Jagdtrophäen.

Eine interessante Zusammenstellung von Geweißen und ausgestopften Vögeln fesselte ihre Aufmerksamkeit. Mit lebhaftem Interesse blickte sie zu der Gruppe auf.

„Oh, wie schön!“ sagte sie bewundernd.

„Sind Sie Kennerin?“ wandte er sich überrascht um.

„Nicht gerade das; aber als Landwirtschöchter habe ich natürlich lebhaftes Interesse für alles, was mit Feld und Wald zusammenhängt!“

„Sie gehören also zur Farbe, das ist ja schön! Ist Ihr Herr Vater Besitzer?“

Wieder mußte sie ihre Unvorsichtigkeit bereuen. „Ein kleines Gültchen gehörte uns“, bemerkte sie flüchtig, und fuhr wieder mit erlischter Lebhaftigkeit fort: „Ich vermute, mein Zimmer hat einen Ausblick nach dem Garten? Das wäre mir eine besondere Freude.“

„Nichtig geraten!“ bestätigte er lächelnd, eine Tür aufschleudend. „Hier ist Ihr kleines Reich.“

Eine auffordernde Bewegung, und er ließ sie vorantreten. Sie verneigte sich leicht, in der Annahme, er werde sich jetzt zurückziehen.

„D nein, ich komme mit; ich will mich noch an Ihrer Überraschung über die unergleichliche Aussicht weiden.“

Zunächst aber schenken Sie mal Ihr Interesse Ihrer Umgebung. Ich denke, es wird Ihnen alles hier so recht sein.

Dort schlafen Sie!“ Er wies durch eine offene Tür auf ein im auslofenden Raum stehendes Bett, das ein Himmel aus lebhaft gefärbten Rattunvorhängen bedeckte. „Dahinter befindet sich noch ein Raum für die Garderobe und allerlei sonstigen Kram, der hier nur stören würde, und hier in diesem Zimmer, insbesondere auf diesem bequemen Ruhebett hier“ — er klopfte auf das Polster des erwählten Möbels —, können Sie sich von des Tages Last und Hitze erholen.

Es wird nicht so schlimm werden“, fuhr er lachend fort, und streckte sich ungentert auf das Ruhebett hin. „So, nun betrachten Sie sich einmal die Aussicht!“

Ueber sein Betragen entsetzt, wandte sie ihm den Rücken und trat an das Fenster. Der Anblick, der sich ihr hier aber bot, drängte für den Augenblick ihre Empörung zurück, nur dem Entzücken Raum lassend.

„Das ist ja ein herrliches Stückchen Erde!“ rief sie, sich weit durch das offene Fenster hinausbeugend und die frisch-reine Luft einatmend, die aus den wundervollen Parkanlagen emporstieg.

„Nicht wahr?“ rief er geschmeichelt, sich noch behaglicher hinstreckend. „Während der Obstblüte fürwahr ein paradiesischer Anblick! Das ist das Wert meiner Schwefel. Der Garten ist noch ihre einzige Passion. Früher erstreckte sich der Wildpark bis ans Haus, und Gartenanlagen befanden sich nur an der westlichen Giebelseite. Sie hat die alten Baumreihen ausroden, den Boden planieren lassen und diese herrlichen Obstkulturen hier angelegt. Unsere Obstbäume sind in der ganzen Gegend berühmt. Nun, wird es Ihnen bei uns gefallen?“

Er schien eine Antwort abzuwarten; als sie aber schwelgend und ihm unausgesetzt den Rücken zuwendend am Fenster stehenblieb, merkte er wohl endlich, daß seine weitere Gegenwart ihr lästig war. Er erhob sich plötzlich und trat zu ihr.

„Nun, lassen Sie sich nicht bange werden“, sagte er, ihr die Hand reichend, die sie flüchtig mit ihren Fingerpitzen berührte. „Ich hoffe, wir sehen uns nachher noch beim Abendbrot.“

Einer Antwort entzog er sie selbst. Er hatte die Tür geöffnet und wies nach der entgegengesetzten Seite des Korridors.

(Fortf. folgt.)